



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

PRESSEMITTEILUNG 03/25

Berlin, 07.03.2025

Weltfrauentag – Gemeinsam für eine gerechte Gestaltung der Gesellschaft

Ein hoher Anteil politisch engagierter Frauen ist ein elementarer Baustein einer zukunftsfesten Demokratie. Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März mahnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), einen stärkeren Fokus auf Rahmenbedingungen und Klima von Politik zu legen, um politisches Engagement attraktiver zu gestalten.

„Frauen und Männer haben zwangsläufig aufgrund unterschiedlicher Lebensrealitäten, andere Themen und Anliegen, andere Sichtweisen und Bedarfe, die entscheidend sind für eine ganzheitliche und gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft. Die Demokratie geht gestärkt daraus hervor, wenn die Interessen von Frauen und Männern gleichermaßen in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen“, unterstreicht **Dr. André Berghegger**, Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes.

„Eine geschlechtergerechte Verteilung von Führungspositionen in der Politik hat demokratiestützende Wirkung. Zu Recht nimmt ein großer Teil der Bevölkerung daran Anstoß, wenn politische Führungszirkel allein aus Männern bestehen und eine vernünftige Repräsentanz von Frauen nicht gewährleistet ist“, formuliert **Ramona Schumann**, Bürgermeisterin von Pattensen und Vorsitzende des Arbeitskreis Frauen in Kommunen und Kommunalpolitik des DStGB anlässlich des Weltfrauentags am 8. März 2025.

Im nächsten Deutschen Bundestag ist der Anteil von Frauen mit 32,4 Prozent rückläufig. Nach aktuellen Schätzungen des DStGB beläuft sich der Anteil der Bürgermeisterinnen in Deutschland auf 13,5 Prozent. Hier bleibt die Gesellschaft deutlich hinter ihrem Potenzial zurück. *„Wir appellieren an die politischen Entscheider, geschlechtergerechte Politik*

**Deutscher Städte-
und Gemeindebund**

Marienstraße 6
12207 Berlin
Telefon: 030.773 07.253

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage: www.dstgb.de

ViSdP

Dr. André Berghegger
Hauptgeschäftsführer

Alexander Handschuh
Pressesprecher

stets mitzudenken und Hürden politischer Repräsentanz zu reduzieren“, ergänzen **Schumann** und **Berghegger**.

Immer wieder berichten engagierte Politikerinnen, dass ihnen aufgrund ihres Geschlechts die Kompetenz für bestimmte Themen abgesprochen wird; auch sind deutlich mehr Frauen als Männer in der Politik mit Sexismus konfrontiert. Das muss sich dringend ändern. Wer mehr Nachwuchs gewinnen will, sollte in den Parlamenten und Räten genauso wie in der analogen und digitalen Öffentlichkeit für einen wertschätzenden und sachlichen politischen Diskurs eintreten. *„Die angegriffenen und bedrohten Politikerinnen und Politiker brauchen Unterstützung – egal, ob in den Gremien und Parlamenten, in den Sozialen Medien oder in der Öffentlichkeit. Gegenseitige Stärkung unabhängig von Parteizugehörigkeit und Geschlecht ist zentral und sendet die entsprechenden Signale an all jene, die meinen, Hass, Hetze, Verleumdungen und Drohungen gehören zum Politikerdasein dazu. Wir wehren uns vehement gegen ein Klima der Angst und rufen alle Politikerinnen und Politiker auf, hier füreinander einzustehen“*, so **Schumann** und **Berghegger**.

Das Thema Geschlechtergerechtigkeit in der Politik ist von gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Schutz und Stärkung der Demokratie geht alle an. Daher sollten auch die Rahmenbedingungen für Politik entsprechend gestaltet werden *„Wir dürfen geschlechtergerechte Politik nicht allein als ‚Frauenpolitik‘ interpretieren. Auch viele Männer leiden unter dem rauerem Ton im Ratssaal und auf der Straße, auch sie begleitet die Sorge um ihre Familie. Ebenfalls wünschen sich auch Männer einen respektvolleren Umgang miteinander, effizientere Gremienarbeit und nicht nur Frauen brauchen flexiblere Lösungen, im Fall von Elternzeiten oder Pflege von Familienangehörigen. Die Rahmenbedingungen und das Klima für gute Politik zu verbessern, muss gemeinsamer Auftrag sein“*, so abschließend **Schumann** und **Berghegger**.